

Die Rentenversicherung

Organ für den Bundesverband der Rentenberater e.V.

Ermessensschumpfung und § 16 Abs. 4 SGB V

52. Jahrgang

Heft 6 – Juni 2011

– Auszug Seite 107 bis 109 –

Autor: Walter Vogts

Von Walter Vogts¹

Wird in einem Gesetz der Ausdruck „kann“ verwendet, drängen sich stets Ermessensfragen auf und damit ein Blick in § 39 SGB I: *Sind die Leistungsträger ermächtigt, bei der Entscheidung über Sozialleistungen nach ihrem Ermessen zu handeln, haben sie ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. Auf pflichtgemäße Ausübung des Ermessens besteht ein Anspruch.*

In der täglichen Praxis scheint die Rechtsanwendung dann schwierig zu sein, wenn der Gesetzeswortlaut auf „kann“ verzichtet und nur eine „Zustimmung“ des Leistungserbringers vorausgesetzt wird. Leider wird dabei allzu oft verkannt, dass es sich bei Versagung oder Zustimmung um ermessensähnliche Phänomene handelt – und der Sozialgerichtsbarkeit die Aufgabe zufällt, die Verfahrensweise der Leistungsträger, hier der gesetzlichen Krankenkassen, zu überprüfen und richtungweisend zu mahnen.

Zum Anspruch auf Krankengeld

Nach § 44 Abs. 1 Satz 1 SGB V haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht. Aber gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 1 SGB V ruht der Anspruch auf Leistungen und damit auch auf Krankengeld, solange Versicherte sich im Ausland aufhalten, und zwar auch dann, wenn sie dort während eines vorübergehenden Aufenthalts erkranken, soweit im SGB V nichts Abweichendes bestimmt ist.

Abweichend bestimmt § 16 Abs. 4 SGB V, dass der Anspruch auf Krankengeld nicht ruht, solange sich Versicherte nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit mit Zustimmung der Krankenkasse im Ausland aufhalten.

Die Regelung zielt, so die Gesetzesmaterialien, darauf ab, eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Krankengeld zu vermeiden und damit den Schwierigkeiten der Feststellung der Arbeitsunfähigkeit in Auslandsfällen Rechnung zu tragen. Nicht beabsichtigt war jedoch, bei klar überprüfbarer Arbeitsunfähigkeit die Zahlung von Krankengeld auszuschließen.

Der Fall des LSG Berlin

Der als Arbeitnehmer pflichtversicherte Kläger erkrankte während seines Urlaubs in Pakistan, er konnte erst nach zehn Wochen wieder zurückreisen. Ihm war während der gesamten Zeit Ruhe bzw. strikte Bettruhe verordnet. Von seinem Arbeitgeber erhielt er die sechswöchige Lohnfortzahlung. Wegen des Anspruchs auf anschließende vier Wochen Krankengeld musste er seine Krankenkasse verklagen.

Besonderheit war somit, dass die Arbeitsunfähigkeit erst während des vorübergehenden Auslandsaufenthalts eingetreten war. Obwohl jener Rechtsstreit schon vor mehr als elf Jahren entschieden wurde, lohnt sich immer noch das Studium der Entscheidung:

- Anwendung von § 16 Abs. 4 SGB V setzt nicht voraus, dass sich ein Versicherter erst nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit und der Zustimmung der Krankenkasse ins Ausland begibt; die Vorschrift verlangt lediglich einen (weiteren) Auslands-Aufenthalt des Versicherten nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit und Zustimmung der Krankenkasse.
- Die grundsätzlich im Ermessen der Krankenkasse stehende Zustimmung nach § 16 Abs. 4 SGB V ist zu erteilen, wenn die Arbeits-

unfähigkeit des Versicherten unzweifelhaft feststeht.

LSG Berlin, Urteil vom 22.03.2000 – L 9 KR 69/98

Verwaltungspraxis

Der Sinn von Ermessensermächtigungen ist es, eine dem Einzelfall gerecht werdende Entscheidung zu ermöglichen. Durch allgemeine Vorgaben vorgetzter Stellen wird in aller Regel der Handlungsspielraum des einzelnen Sachbearbeiters begrenzt.

Man nennt das „ermessenslenkende Verwaltungsvorschrift“, in der Praxis unter der Bezeichnung einer Arbeitsanweisung, Arbeitsinformation, Checkliste oder Beispielsammlung. Nach Ansicht fast aller Krankenkassen dürfen weder der Öffentlichkeit noch einem anfragenden Versicherten deren Inhalte zugänglich gemacht werden – geheim! Das IFG = Informationsfreiheitsgesetz kenne man, es gelte nicht für solche Interna. Ein Beispiel:

- Unsere Krankenkasse stimmt Urlaubsreisen während des Krankengeldbezugs in begründeten Einzelfällen und bei schweren Krankheitsbildern zu. Die Krankheitsbilder sind nicht ausschließlich beschrieben, um hier im Sinne unserer Versicherten eine möglichst offene Beurteilung der Situation zu gewährleisten. Hier setzen wir die Vorgaben des Gesetzgebers und die näheren Ausführungen des Spitzenverbands Bund der gesetzlichen Krankenkassen um.
- In allen anderen Fällen sind Reisen während des Krankengeldbezugs natürlich abzulehnen. Führt der Versicherte dennoch, ruht der Anspruch auf Krankengeld für die Zeit des Urlaubs.

Spricht ein Krankengeldbezieher bei seiner Kasse vor mit dem Wunsch, mal „zehn Tage auf Mallorca“ verbringen zu wollen, so geht er mit neuen Erkenntnissen nach Hause:

- a) Meine Kasse hat nichts dagegen, für die Tage im Ausland bekomme ich eben nur kein Krankengeld. Das steht eindeutig im Gesetz, das machen alle Krankenkassen so!
- b) Bringe ich eine Befürwortung des Hausarztes bei, wird der Antrag an die Hauptverwaltung weitergeleitet und dem MDK vorgelegt, manchmal genehmigt und Krankengeld weitergezahlt, meistens jedoch nicht.
- c) Wenn ich nicht so viel frage, sondern einfach zwischen ärztlichen oder sonstigen Behandlungsterminen wegfliege, bleibt mir viel Unbill erspart.

Als ablehnender Verwaltungsakt könnte sich a) herausstellen. Ergebnis des möglicherweise ausführlichen Gesprächs ist b), und über c) ist „garantiert nie“ in dieser Form gesprochen worden (jedenfalls erinnert sich niemand daran). Es verwundert keineswegs, dass Streitfälle um die Anwendung von § 16 Abs. 4 SGBV selten geführt werden

Zwei Wochen Urlaub auf Kos

Streitig war die Frage des Ruhens eines Anspruchs auf Krankengeld während eines Auslandsaufenthalts vom 19.5. bis zum 1.6.2008, also für 14 Tage. F. war schon seit Mai 2007 aufgrund von psychischen Beschwerden arbeitsunfähig erkrankt, bezog Krankengeld; über seine Rente wegen Erwerbsminderung war noch nicht abschließend entschieden. Im Mai 2008 beantragte er bei seiner Kasse die Zustimmung zu einem Auslandsaufenthalt auf der griechischen Insel Kos und fügte eine fachärztliche Bescheinigung bei.

Der Antrag wurde abgelehnt. Nach Erhebung des Widerspruchs wurde der MDK eingeschaltet: Ein Auslandsaufenthalt sei während der Arbeitsunfähigkeit medizinisch nicht zu begründen; das Leistungsvermögen rechtfertige die Annahme, dass Arbeitsfähigkeit wieder erreicht werden könne. Im Übrigen – so steht es im Widerspruchsbescheid

vom 20.8.2008 – dulde die Verhaltenstherapie keine Unterbrechung. Die vorliegenden Erkrankungen und die Stellung eines Antrags auf Erwerbsminderungsrente sprächen gegen eine anstrengende Flugreise.

Das Sozialgericht musste entscheiden

Auf die Klage hin verkündete das Sozialgericht Mainz – S 7 KR 231/08 – am 12.11.2010 nachstehendes Urteil:

- Der Bescheid der Beklagten vom 16.05.2008 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.08.2008 wird aufgehoben und die Beklagte verpflichtet, über den Antrag des Klägers auf Zustimmung zum Auslandsaufenthalt in der Zeit vom 19.05.2008 bis 01.06.2008 unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu bescheiden.
- Die Beklagte hat dem Kläger die außergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Das Urteil ist rechtskräftig.

Aus den Entscheidungsgründen

Der Kläger hat einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über die Zustimmung der Beklagten zu seinem Auslandsaufenthalt. Die Beklagte hat die Zahlung von Krankengeld verweigert, weil sich der Kläger ohne ihre Zustimmung im Ausland aufgehalten hat.

Entgegen einer in der Literatur teilweise vertretenen Auffassung muss die Zustimmung zum Auslandsaufenthalt nicht bereits vor dem Antritt der Reise erteilt worden sein. Zwar ergibt sich aus dem Wortlaut der Vorschrift nicht, ob die Arbeitsunfähigkeit bereits vor Antritt der Reise eingetreten sein muss und ob die Zustimmung der Krankenkasse auch noch nach Antritt oder sogar nach Abschluss der Reise erteilt werden kann. Jedoch rechtfertigt die gesetzgeberische Intention, ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Krankengeld zu vermeiden und Schwierigkeiten der Feststellung von Arbeitsunfähigkeit im Ausland Rechnung zu tragen, ein generelles Ruhen des Krankengeldanspruchs nicht. Zur Erreichung dieser Ziele erscheint es vielmehr ausreichend, in die-

sen Fällen dem Versicherten die Feststellungslast der Arbeitsunfähigkeit im Ausland abzuverlangen, vgl. LSG Berlin, Urteil vom 22.03.2000, AZ L 9 KR 69/98, Rn. 16 (juris).

Ob die Krankenkasse – gegebenenfalls auch nachträglich – die Zustimmung zum Auslandsaufenthalt erteilt, steht in ihrem pflichtgemäßen Ermessen. Auf die Ausübung des Ermessens besteht ein Rechtsanspruch. Diesen Anspruch hat die Beklagte hier nicht erfüllt. Sie hat sich bei ihrer Entscheidung auf die sehr knappe Mitteilung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) gestützt, wonach das im Rentenverfahren ermittelte Leistungsvermögen die Annahme rechtfertigt, dass die Arbeitsunfähigkeit wieder erreicht werden könne. Die laufende Therapie beim Psychiater dulde laut einem Aktenvermerk über ein Versicherungsgespräch keine Unterbrechung.

Die Beklagte hat dabei nicht berücksichtigt, dass der behandelnde Therapeut in einem ärztlichen Attest vom 16.5.2008 ausdrücklich den geplanten zweiwöchigen Aufenthalt befürwortet hatte. Auch lässt sich dem von der Beklagten erwähnten Aktenvermerk nicht entnehmen, dass die Therapie keine Unterbrechung dulde; aus dem Vermerk ergibt sich lediglich, dass der Kläger mitgeteilt habe, die Sitzungen beim Psychiater täten ihm gut.

Auch ist die Beklagte hier – in Kenntnis der sozialmedizinischen Beurteilung im Rentenverfahren – weiter von einer fortdauernden Arbeitsunfähigkeit ausgegangen. In der Akte befinden sich keine Unterlagen, aus denen sich ein damals etwa kurz bevorstehendes Ende der Arbeitsunfähigkeit herleiten lasse. Dies steht im Widerspruch zu der Annahme, dass die lang andauernde Arbeitsunfähigkeit im Hinblick auf die Feststellungen im Rentenverfahren zeitnah beendet werden könne.

Die angefochtenen Entscheide waren daher aufzuheben, und die Beklagte war zur Neubescheidung zu verpflichten.

- Im Rahmen dessen wird sie zu berücksichtigen haben, dass die Voraussetzungen des Krankengeldanspruchs im Fall des Klägers

unstreitig dem Grunde nach vorliegen.

- Zu berücksichtigen ist ferner, inwieweit im Fall des Klägers die Gefahr eines Leistungsmissbrauchs bestand, ob eine erfolgreiche Behandlung auch im Ausland gewährleistet war und ob und ggf. aus welchen Gründen die Gefahr einer Verlängerung der Arbeitsunfähigkeit als Folge des Auslandsaufenthalts bestand.
- Zu berücksichtigen sind ferner die Dauer der Unterbrechung der ärztlichen Behandlung, die Erreichbarkeit und die Möglichkeit der Rückkehr; ferner sind mögliche Therapiemaßnahmen am Urlaubsort zu berücksichtigen.

Nach alledem war der Klage – dem Tenor entsprechend – stattzugeben.

Durch das sozialgerichtliche Urteil wurde die Kasse zu einer erneuten Bescheiderteilung verpflichtet.

Re-Aktion der Krankenkasse

- Die Krankenkasse hat im März 2011 – ohne förmlichen Bescheid und ohne begleitendes Schreiben – das Krankengeld aus dem Jahr 2008, also für den streitigen Zeitraum, an den Versicherten überwiesen.
- An die Verpflichtung zur Verzinsung (§ 44 SGB I) musste die Krankenkasse erinnert werden.

Ob sich im Übrigen – nach Studium der Urteilsgründe – die Verfahrensweise im Umgang mit Anträgen auf Zustimmung zum Auslandsaufenthalt geändert hat, war (noch) nicht zu erfahren.

Fragen für die Praxis

Hat der Auslandsaufenthalt zu einer Verschlimmerung der Erkrankung oder zu einer Verzögerung der Heilung geführt? Wurde durch den Auslandsaufenthalt die Dauer der Arbeitsunfähigkeit und somit die Krankengeldbezugsdauer verlängert? Kam es durch den Auslandsaufenthalt zum späteren Antritt einer RehaMaßnahme? War der Auslandsaufenthalt medizinisch unbedenklich?

Sofern eine Krankenkasse die Zahlung von Krankengeld während eines

Auslandsaufenthalts verweigerte, drängt sich – manchmal, sehr oft – ein Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X auf. Die Zustimmung der Kasse kann – so die Rechtsprechung – nachträglich zu erteilen sein.

Anschrift des Verfassers:
Oberdorfstr. 16
76831 Ilbesheim

1 Der Autor war 40 Jahre in der Kanzlei www.vogts-und-partner.de in Karlsruhe tätig als Rentenberater und Rechtsbeistand für Sozial-, Renten- und Versicherungsrecht.